

Solidaritätsfonds für
soziale Befreiungskämpfe
in der Dritten Welt

SOLIFONDS



« Seit wir unsere Gewerkschaft gegründet haben,
fühlen wir uns frei. »

Pakistanische Heimarbeiterin

Jahresbericht 2015

Liebe Leserin, lieber Leser

Inhalt

Editorial	1
SOLIFONDS – Solidaritätsarbeit konkret	3
Unterstützungsaktionen 2015	
Frauen gegen Prekarisierung	5
Rechte der ArbeiterInnen durchsetzen	8
Kriminalisierung von sozialen Kämpfen	13
Verteidigung von Land und Lebensraum	18
Für partizipative Demokratie	21
Was ist eigentlich mit ...	24
Information und Vernetzung	27
Jahresabschluss 2014/15	
Bilanz	31
Jahresrechnung	32
Rechnung im Überblick	34
Kommentar zur Jahresrechnung	35
Revisionsbericht	35
Die Stiftung SOLIFONDS	36
Der SOLIFONDS braucht Ihre Untertützung	37

Umschlag: In Mali wissen sich die
Hausarbeiterinnen Respekt zu ver-
schaffen. Foto: ADDAD

Während wir an diesem Jahresbericht schrieben, sind täglich Menschen in Europa angekommen, die Krieg und Zerstörung oder wirtschaftliche Not nicht länger erdulden. Sie haben dafür einen gefährlichen Weg auf sich genommen. Neue solidarische Netzwerke sind entstanden und leisten Unterstützung. Solidarität, die angesichts von Abschottung, Fremdenhass und der humanitären Katastrophe mehr als dringend ist.

Deutlich wird uns momentan vor Augen geführt, wie wichtig es ist, eine Welt jenseits menschenverachtender Profitgier zu schaffen, eine Welt, die Platz für alle bietet. Umso wichtiger ist es deshalb, auch jene Menschen zu unterstützen, die oft mit hohen Risiken für Veränderungen in ihren Ländern kämpfen: für eine Wirtschaft, die auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnitten ist statt auf Profite; für Existenz sichernde Löhne und würdige Arbeitsbedingungen statt Prekarisierung; für einen gesunden Lebensraum und Umverteilung von Land statt Vertreibung und Landkonzentration; für soziale Gerechtigkeit und eine partizipative Demokratie.

Mit unserer internationalen Solidaritätsarbeit unterstützen wir diese Menschen in ihren Kämpfen. Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen danken wir Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung im vergangenen Jahr.

Mit freundlichen Grüßen

Sandra Julius, Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann – Koordination

«Seit wir unsere Gewerkschaft gegründet haben, fühlen wir uns frei.»

Eine Heimarbeiterin aus Pakistan

Die aktuelle Zeit ist von zwei gegenläufigen Tendenzen geprägt: Während isolationistische Strömungen und Fremdenfeindlichkeit immer lauter werden, entstehen solidarische Initiativen. Neue ebenso wie lang existierende Netzwerke, junge und ältere Menschen engagieren sich unermüdlich für eine offene und solidarische Gesellschaft. Dazu gehört auch unsere internationale Solidaritätsarbeit, die wir dank unseren Spenderinnen und Spendern leisten können. Dieser Jahresbericht bietet Ihnen einen Überblick über unsere Unterstützungsaktionen im vergangenen Jahr.

*Im Zuge der neoliberalen Globalisierung haben Armut, Ausbeutung und Unterdrückung zugenommen. Frauen sind davon besonders betroffen. Einen Arbeitsschwerpunkt des SOLIFONDS bildeten im vergangenen Jahr Unterstützungen für **Arbeiterinnen, welche sich gemeinsam organisieren und für eine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse und für existenzsichernde Löhne kämpfen, sich aber auch gegen Übergriffe und Gewalt wehren**: Dazu gehören Heimarbeiterinnen in Pakistan ebenso wie Textilarbeiterinnen in Bangladesh und Hausarbeiterinnen in Marokko, Mali und Südafrika.*



Das SOLIFONDS-Büro: In der Mitte Präsident Hans Schächli, umringt von (im Uhrzeigersinn): Urs Sekinger, Sandra Julius und Yvonne Zimmermann (Koordination) sowie Bruno Hangarter (Buchhaltung).

Foto: Susi Lindig

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten unsere Unterstützungen zur **Durchsetzung von Gewerkschaftsrechten**. In Pakistan kämpft die Gewerkschaft des Schweizer Konzerns Syngenta für die Festanstellung von LeiharbeiterInnen. Der widerrechtlich entlassene Gewerkschaftspräsident Imran Ali nahm im April am von MultiWatch organisierten Syngenta-Kongress in Basel teil. In Sri Lanka unterstützten wir den Aufbau einer Bewegung der Gewerkschaftsjugend, in Ägypten den Kampf der unabhängigen Gewerkschaften gegen Verschlechterungen im Sozial- und Arbeitsrecht. In Togo und Peru ging es um Rechtshilfe gegen illegale Entlassungen bzw. für streikende Hafenarbeiter, in Rumänien um den Aufbau eines unabhängigen Verbands von LehrerInnengewerkschaften.

Wie im Vorjahr bildeten Unterstützungen **gegen Repression und Kriminalisierung** einen Schwerpunkt. Um gegen falsche Anklagen vorzugehen, leisteten wir Rechtshilfe für ArbeiterInnen, Landlose und Indigene in Indien, Pakistan, Argentinien und Paraguay. In Südafrika unterstützten wir den Kampf der Minenarbeiter für Gerechtigkeit nach der Veröffentlichung des Untersuchungsberichts zum Marikana-Massaker. Und dank solidarischer Unterstützungen, auch durch den SOLIFONDS, gelang es, den Konkurs der LandarbeiterInnengewerkschaft zu verhindern. Im Kontext des Streiks vom Oktober 2012 hatten ihr südafrikanische Gerichte riesige Prozesskosten auferlegt.

In verschiedenen Ländern Westafrikas unterstützten wir den Kampf von Bauern und Bäuerinnen gegen «Land Grabbing». In Guatemala leisteten wir Hilfe gegen die Kriminalisierung des Widerstands gegen ein Wasserkraftprojekt, in Kolumbien für eine Solidaritätskarawane gegen Megaprojekte und Vertreibungen und für Vernetzungstreffen von Minenbetroffenen. **Verteidigung von Land und Lebensräumen** war unser dritter Arbeitsschwerpunkt.

Last but not least bildete die Unterstützung von **politischen Kämpfen für Demokratie** eine wichtige Rolle. In Burkina Faso unterstützten wir die Mobilisierung von Jugendlichen, in Tunesien die Diplômés Chômeurs ebenso wie eine Kampagne für eine unabhängige Überprüfung der Staatsschulden. Wir ermöglichten die Teilnahme und damit die Vernetzung von algerischen Diplômés Chômeurs am Weltsozialforum im März 2015 in Tunis.

Wie immer erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass der SOLIFONDS keine staatlichen Mittel erhält, sondern auf private Spenden und Zuwendungen von Stiftungen angewiesen ist. Ich bitte Sie deshalb, den SOLIFONDS weiterhin grosszügig zu unterstützen, und danke Ihnen ganz herzlich.

Hans Schächli, Präsident

SOLIFONDS – Solidaritätsarbeit konkret

Es ist ein ermutigender Moment, wenn wir im Büro positive Rückmeldungen zur Wirkung unserer Solidaritätsarbeit erhalten. «Gefangene Gewerkschafter dank eurer Unterstützung freigesprochen!», hiess es dieses Jahr in einem Mail aus Pakistan. Hinter dem Erfolg stehen zuerst die pakistanischen Gewerkschaften, die sich unermüdlich für die Freilassung eingesetzt hatten. Wir als SOLIFONDS unterstützen sie dabei mit einem finanziellen Beitrag für Rechtshilfe, aber auch mit breit abgestützten Protestschreiben.

In vielen Fällen, etwa bei Streiks, Landbesetzungen oder Verhaftungen, ist schnelle Unterstützung dringend gefordert. Es ist ein Kennzeichen des SOLIFONDS, dass er rasch und unbürokratisch auf solche Anfragen reagieren kann. Dass dies möglich ist, verdanken wir auch einem breiten Netzwerk, das wir über Jahre mit Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie in der Schweiz aufgebaut haben. Das Hintergrundwissen, das wir durch den Austausch in diesem Netzwerk erlangen, hilft uns bei der Beurteilung von Gesuchen. Insbesondere wenn mehrere Gesuche gleichzeitig bei uns eintreffen und in einer kurzen Frist sorgfältig abgeklärt und entschieden werden müssen, ist es für uns von grossem Nutzen, auf Einschätzungen aus unserem Netzwerk zurückgreifen zu können. Ein Teil

unserer Arbeit besteht denn auch darin, die Kontakte mit unseren Partnerorganisationen aufrecht zu erhalten und zu vertiefen.



«Ausbeutung - massgeschneidert» Protestaktion anlässlich der Generalversammlung «Lösungen - massgeschneidert» von Holcim zusammen mit MultiWatch, Unia und internationalen Gewerkschaften in Zürich. Die Anliegen unserer Partnerorganisationen auch in der Schweiz zu unterstützen, ist Teil der SOLIFONDS-Solidaritätsarbeit.

Foto: Yvonne Zimmermann / SOLIFONDS

Die Unterstützungen des SOLIFONDS variieren in ihrer Beitragsgrösse zwischen wenigen Tausend und mehreren Zehntausend Franken, wobei der Aufwand für das Büro nicht gross differiert. Da aber gerade mit wenig oft viel erreicht wird, sind diese verhältnismässig relativ aufwendigen kleinen Unterstützungen durchaus von grosser Bedeutung. So benötigten die südafrikanischen Hausarbeiterinnen für ihre Protestkampagne vor dem Parlament 2300 Franken, damit sie nach Kapstadt gelangen konnten. Ihre entschlossene Aktion führte zu einer Erhöhung des Mindestlohns – ein Erfolg, der weit über unseren Beitrag hinausgeht.

Ein weiterer wichtiger Teil unserer Solidaritätsarbeit ist die politische Unterstützung unserer Partnerorganisationen. Jedes Jahr verfassen wir etliche Protestschreiben an Regierungen oder Unternehmen, initiieren gemeinsame Schreiben mit Gewerkschaften und NGO oder internationale Protestbriefaktionen. Immer wieder betonen unsere Partnerorganisationen, wie wichtig solche Schreiben für sie sind, weil sie von internationaler Seite Druck auf ihre Regierungen oder Unternehmen herstellen. Zugleich sind sie eine Ermutigung für unsere Partnerorganisationen, eine Geste der Solidarität.

Besondere Höhepunkte der SOLIFONDS-Arbeit sind Besuche unserer Partnerorganisationen in der Schweiz. Im vergangenen Jahr gehörte dazu eine Delegation von indischen LeiharbeiterInnen des Schweizer Zementkonzerns Holcim. Seit Jahrzehnten kämpfen sie

für ihre Festanstellung, erstmals konnten sie nun ihren Protest in die Schweiz tragen.

Umgekehrt hatte die SOLIFONDS-Koordinatorin Yvonne Zimmermann Gelegenheit, die Holcim-LeiharbeiterInnen in Indien zu besuchen. Auf ihrer Reise gewann sie einen vertieften Einblick in ihre Arbeits- und Lebenssituation, ebenso wie in diejenige unserer Partnerorganisationen in den Nachbarländern Bangladesh und Pakistan.

Neue Impulse hat es im laufenden Jahr auch durch einen Zuwachs beim SOLIFONDS: Seit Mitte Juli bereichert Sandra Julius unser Büro und vertritt den Koordinator Urs Sekinger und die Koordinatorin Yvonne Zimmermann während deren unbezahlten Urlaube.

Die Vielfältigkeit der Aufgaben beim SOLIFONDS sorgt dafür, dass wir mit zwei Teilzeitstellen zu 70 Prozent immer alle Hände voll zu tun haben. Umso grösser ist die Freude, wenn Erfolgsmeldungen unserer Partnerorganisationen eintreffen, wie die anfangs erwähnte aus Pakistan.



Pakistan – Heimarbeiterinnen organisieren sich

In Pakistan leisten rund 12 Millionen Arbeiterinnen Heimarbeit. Bei sich zu Hause fertigen sie aufwändige Stickereien oder Glasarmreifen oder schneiden fabrikgefertigten T-Shirts die überstehenden Fäden ab. Sie arbeiten unter äusserst prekären Bedingungen: Weil die Preise für die gefertigte Ware immer weiter gedrückt werden, sind sie zu langen Arbeitstagen gezwungen. Dabei verdienen sie einen Hungerlohn und haben keinen Zugang zu Sozialversicherungen, etwa zu einer Rente. Der Verband der Heimarbeiterinnen HBWWF, der sich dafür einsetzt, dass Arbeitsrechte auch für Heimarbeiterinnen gelten, und vor allem im Süden des Landes stark präsent ist, konnte 2015 in mehreren Städten der Provinz Punjab Gruppen von Heimarbeiterinnen aufbauen. An Treffen lernen die Arbeiterinnen ihre Rechte kennen und ihre Forderungen formulieren und an Trainings geht es darum, ihre Fertigkeiten zu verbessern, um Produkte mittels Genossenschaften direkt zu vermarkten.

Eine Heimarbeiterin in Karachi dekoriert Armreifen.
Foto: Yvonne Zimmermann / SOLIFONDS

Bangladesh – Textilarbeiterinnen kämpfen für ihre Rechte

Bei ihrem Besuch in Bangladesh konnte sich die Koordinatorin des SOLIFONDS Yvonne Zimmermann davon überzeugen, wie wichtig es ist, dass sich ArbeiterInnen organisieren und ihre Rechte kennen. Jahre nach Industriekatastrophen mit verheerenden Folgen – wie dem Gebäudeeinsturz von Rana Plaza oder dem Brand bei Tazreen Fashions in Ashulia – müssen die Überleben-

den und die Angehörigen von Opfern immer noch für eine «Entschädigung» bzw. eine Rente kämpfen und dafür, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Wichtig ist aber auch, solche Katastrophen in Zukunft zu verhindern. Dazu müssen die ArbeiterInnen ihre Rechte kennen – zum Beispiel, dass Fabrikturen nicht abgeschlossen und Fluchtwege nicht versperrt sein dürfen – und diese Rechte auch einfordern können. In vielen Betrieben sind Gewerkschaften bis heute nicht zugelassen. Der in der Folge von Rana Plaza abgeschlossene «Bangladesh Accord» ist ein erster Schritt für sicherere Arbeitsbedingungen – zur Umsetzung ist es aber wichtig, dass die ArbeiterInnen gemeinsam für ihre Rechte eintreten.

« Seit unserem Hungerstreik wegen ausstehender Löhne im letzten Jahr haben keine Angst mehr, den Besitzer herauszufordern. Früher hatten wir Angst. Heute wissen wir, dass wir gewinnen können. »

Ehemalige Textilarbeiterin der Tuba Group

Südafrika – Gewerkschafts erkämpft Erhöhung des Mindestlohn für Hausarbeiterinnen

Wiederholt hat die Gewerkschaft der Hausarbeiterinnen SADSAWU (South African Domestic Service and Allied Workers Union) beim Arbeitsministerium eine Erhöhung des Mindestlohns für Hausangestellte eingefordert. Die Arbeitsministerin stellte ihnen jeweils eine solche in Aussicht, passiert ist aber nichts. Deshalb verlieh die Gewerkschaft ihrer Forderung nach einem höheren Mindestlohn mit einer Kampagne Nachdruck, dazu gehörte

unter anderem eine Nachtwache von vierzig Hausarbeiterinnen vor dem Parlament in Kapstadt. Belief sich der Monatslohn einer Hausarbeiterin vor der Kampagne auf 1850 Rand, so ist er neu auf 2065 Rand (148 Franken) festgelegt. Gewiss ein Erfolg, meldet SADSAWU, aber von den geforderten und auch gerechtfertigten 3000 Rand sei man noch weit entfernt. Die Kampagne geht weiter.

Mali – Hausarbeiterinnen bauen gewerkschaftliches Netzwerk auf

Seit vier Jahren setzt sich die Gewerkschaft ADDAD in Mali unermüdlich für die Rechte der Mädchen und jungen Frauen ein, die in Privathaushalten arbeiten. Dank dieser Initiative werden die Hausarbeiterinnen stärker wahrgenommen und respektiert, aber noch ist der Weg lang, bis ihre miserablen Arbeitsbedingungen – 6 bis 11 Euro Monatslohn, 7-Tage-Woche, keine Ferien und Feiertage – der Vergangenheit angehören. Im April haben sich 400 Hausarbeiterinnen in Bamako zu einem dreitägigen Forum getroffen, um ihre Forderungen und Strategien festzulegen. Erstmals nahmen Hausarbeiterinnen aus Burkina Faso und Togo teil und haben damit

die Basis für eine vertiefte regionale Zusammenarbeit gelegt. Gemeinsam fordern die Hausarbeiterinnen ihre Regierungen auf, die ILO-Konvention 189 (Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte) zu ratifizieren, um auf dieser Grundlage mit mehr Nachdruck ihre Rechte als Arbeiterinnen und Frauen einfordern zu können.

**« Auch wir haben Rechte !
Gemeinsam können wir bessere Lebens- und
Arbeitsbedingungen erreichen! »**

Association de Défense des Droits
des Aides menagères et Domestiques ADDAD

Marokko – Schluss mit Ausbeutung in Privathaushalten!

Zwölf Jahre hat es in Marokko gedauert, bis das Parlament in diesem Juli ein Gesetz über die Rechte der Hausarbeiterinnen verabschiedet hat. Dieses schreibt neu einen Mindestlohn von 1500 Dirham (knapp 150 Franken), einen schriftlichen Arbeitsvertrag, Ferien und Abgangsentschädigungen vor. Die Frauenorganisationen, die sich für diese Verbesserungen eingesetzt haben, darunter die Frauenrechtsliga FLDDF (Fédération de la Ligue Démocratique des Droits des Femmes), verfehlten aber ihr Hauptziel, das Mindestalter für Hausarbeiterinnen auf 18 Jahre festzulegen.

Junge Mädchen sollen zur Schule gehen und nicht als «petites bonnes» in Privathaushalten ausgebeutet werden, forderten sie gegenüber ParlamentarierInnen, in Gemeindeversammlungen und auf Manifestationen. Dabei stützten sie sich auf die – von Marokko ratifizierten – Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die ein Mindestalter von 18 Jahren für Arbeiten fordern, die die Gesundheit, die Sicherheit oder sittlichen Gefühle von Adoleszenten gefährden können. Doch das Parlament legte das Mindestalter auf 16 Jahre fest.

Rechte der ArbeiterInnen durchsetzen

Pakistan – Kampagne für Arbeitsrechte bei Syngenta

Seit Jahren befinden sich die Syngenta-Arbeiter in Pakistan in einem Konflikt mit dem Schweizer Agrochemiekonzern. Die meisten von ihnen arbeiten unter prekären Bedingungen und sind nicht fest angestellt. Ihre Gewerkschaft fordert deshalb Festanstellungen für langjährige Leiharbeiter – so wie es das Gesetz vorschreibt. Als Folge eines zermürenden Arbeitskamps und langwieriger Gerichtsverfahren ordnete das Arbeitsgericht 2010 an, dass Syngenta 52 Leiharbeiter regulär anstellen müsse – worauf der Multi den Gewerkschafts-

präsidenten entliess. Trotz Repression, Spaltungs- und Einschüchterungsversuchen kämpft die Gewerkschaft weiter – und hat mit mehreren Klagen Erfolg gehabt: Das nationale Arbeitsgericht (NIRC) entschied im Juni 2015, dass 9 Leiharbeiter fest angestellt werden müssen, 16 weitere Fälle sind hängig. Im Oktober wies das NIRC einen Rekurs von Syngenta ab und bestätigte, dass der Gewerkschaftspräsident wieder eingestellt werden muss. Aktuell führt die Gewerkschaft eine Kampagne für Arbeitsrechte in den Fabriken durch.

Pakistan – Stärkung der Gewerkschaftsbewegung

Nur rund zwei Prozent der ArbeiterInnen Pakistans sind gewerkschaftlich organisiert. Die tiefe Zahl geht nicht zuletzt auf die verschiedenen Militärdiktaturen zurück, Zeiten, in denen die Gewerkschaften unter enormem Druck standen. In der aktuellen Konjunktur – geplant sind Privatisierungen und Subventionskürzungen auf Strom und Grundnahrungsmitteln, welche eine weitere Verarmung der Bevölkerung zur Folge haben würden – ist es zentral, dass sich die ArbeiterInnen gemeinsam wehren. Dafür engagiert sich der Gewerkschafts-

verband NTUF (National Trade Union Federation), der sowohl Gewerkschaften im formalen Sektor wie auch – als einziger Dachverband – im informellen Sektor vereint. Er setzt sich unermüdlich für die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung ein. Dank seiner intensiven Aufbauarbeit sind neue Basisgewerkschaften entstanden, insbesondere im informellen Sektor. Das jüngste Beispiel ist die Gewerkschaft der LandarbeiterInnen in der Provinz Sindh, zu der TagelöhnerInnen genauso gehören wie festangestellte LandarbeiterInnen.



Pakistanische Baumwollpflückerinnen an einem Treffen ihrer LandarbeiterInnengewerkschaft.

Photo: Yvonne Zimmermann / SOLIFONDS

Sri Lanka – Aufbau einer Bewegung der Gewerkschaftsjugend



Auf den Teeplantagen in Sri Lanka arbeiten mehrheitlich Frauen, weit über die Hälfte der ArbeiterInnen sind Jugendliche. Mit der Privatisierung der Plantagen war die Plantagengewerkschaft geschwächt worden. Festangestellte wurden entlassen und durch Temporär- oder LeiharbeiterInnen ersetzt, die Arbeitstage wurden länger. Viele der jungen PlantagenarbeiterInnen waren nicht mehr gewerkschaftlich organisiert. Die Gewerkschaft der PlantagenarbeiterInnen führte deshalb eine Kampagne zum stärkeren Einbezug von jungen GewerkschaftsaktivistInnen durch. War es zu Beginn schwierig, junge ArbeiterInnen zur Teilnahme an Treffen zu bewegen, entstanden bereits nach wenigen Monaten Jugendgruppen, die sich aktiv einbrachten. Auf verschiedenen Plantagen und in Teefabriken haben seither junge GewerkschafterInnen eine aktive Rolle übernommen und im Vorstand der Gewerkschaft sind mehrere Jugendliche vertreten. Ziel ist es, mittelfristig eine Bewegung der Gewerkschaftsjugend aufzubauen, die gegen soziale Ungerechtigkeiten kämpft.

Ein Grossteil der ArbeiterInnen auf den Teeplantagen sind junge Frauen. Foto: Ceylon Workers' Red Flag Union

Ägypten – Gesetzesvorschläge missachten Rechte der ArbeiterInnen

Im Frühjahr 2015 veröffentlichte die ägyptische Regierung Entwürfe für neue Arbeits-, Sozialversicherungs- und Gesundheitsversicherungsgesetze, die dem Parlament vorgelegt werden, sobald dieses – voraussichtlich Anfang 2016 – gewählt ist. Die Forderungen und Vorschläge der unabhängigen Gewerkschaften zur Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte wurden nicht berücksichtigt. Im Gegenteil, das vorgeschlagene Arbeitsgesetz baut die Rechte der ArbeiterInnen zugunsten von Vorteilen für Investoren ab. ArbeiterInnen des informellen Sektors werden von der Sozial- und Gesundheitsversicherung weitgehend ausgeschlossen. Die unabhängige Gewerkschaftsorganisation Center for

Trade Union & Workers Services (CTUWS) führt deshalb zusammen mit MenschenrechtsaktivistInnen, AnwältInnen und NGOs eine Kampagne durch, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen, damit die von den ArbeiterInnen formulierten Änderungen aufgenommen werden.

« Diese Gesetzesvorschläge übergehen die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der ArbeiterInnen. Das Streikrecht wird enorm eingeschränkt; legale Streiks sind praktisch nicht mehr möglich. »

Center for Trade Union & Workers Services (CTUWS)

Togo – Illegal entlassene Arbeiter kämpfen erfolgreich gegen Unternehmen

In Togo werden die Arbeitsrechte nur sehr beschränkt beachtet und ihre Einhaltung wird kaum von den staatlichen Behörden überwacht. Daher kommt es laufend zu Arbeitsrechtsverletzungen durch Unternehmer. Bei So-gea Satom etwa, einer Firma für Baumaterialien, wurden mehrere Arbeiter des Diebstahls angeklagt, verhaftet und umgehend durch die Firma entlassen. Zwar sprach

sie ein Gericht vom Diebstahlsvorwurf frei und ordnete die Wiedereinstellung an, doch das Unternehmen weigert sich, dem Folge zu leisten. Der Vorfall ereignete sich vor zwei Jahren. Erst durch den Beizug eines Anwalts konnte erreicht werden, dass die Entlassenen eine Entschädigung erhalten. Ihre Arbeitsstellen aber haben sie verloren.

Peru – Rechtshilfe für streikende Hafenarbeiter

Seit einem Jahr verhandelte die Gewerkschaft der Docker im Hafen von Lima/Callao SUTRAMPORPC (Sindicato Unico de Trabajadores Marítimos y Portuarios del Puerto de Callao) mit der holländischen Hafenbetreiberin APM-Terminals über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag. Dabei forderte die Gewerkschaft eine Lohnerhöhung, Verbesserungen im Gesundheitsbereich sowie eine umfassende Krankenversicherung.

Die Gewerkschaft der Hafenarbeiter organisiert 95 Prozent der 700 Docker in Callao. APM-Terminals verzögerte die Verhandlungen, weshalb SUTRAMPORPC zwei Warnstreiks durchführte. Als diese nichts fruchteten, beschlossen die Gewerkschafter, ab dem 13. Mai in einen unbefristeten Streik zu treten. APM setzte Streikbrecher und Militärs zum Entladen der Schiffe ein. Schliesslich drohte APM mit Entlassungen, worauf sich die Gewerkschaft gezwungen sah, den Streik abubrechen und in aufwändigen Einzelverfahren die Kündigungen anzufechten.

Die Gewerkschaft der Hafenarbeiter organisiert 95 Prozent der 700 Docker in Callao. APM-Terminals verzögerte die Verhandlungen, weshalb SUTRAMPORPC zwei Warnstreiks durchführte. Als diese nichts fruchteten, beschlossen die Gewerkschafter, ab dem 13. Mai in einen unbefristeten Streik zu treten. APM setzte Streikbrecher und Militärs zum Entladen der Schiffe ein. Schliesslich drohte APM mit Entlassungen, worauf sich die Gewerkschaft gezwungen sah, den Streik abubrechen und in aufwändigen Einzelverfahren die Kündigungen anzufechten.

« Wir mussten im Eiltempo die juristische Verteidigung unserer 130 Kollegen organisieren, ansonsten wären nach fünf Tagen die angedrohten Kündigungen Realität geworden. »

Gewerkschaft der Hafenarbeiter SUTRAMPORPC

Rumänien – Aufbau unabhängiger und demokratischer Gewerkschaften

In Rumänien bildete sich 2014 ein neuer, unabhängiger Verband der LehrerInnengewerkschaften, der FSIE (Federatia sindicatelor independente din educatie). Der FSIE will demokratische Gewerkschaften von unten aufbauen und mit gängigen Organisationsmustern – etwa der Präsidentschaft praktisch auf Lebenszeit – ebenso brechen wie mit der Korruption. Unabhängige Gewerkschaften hat es im Land bisher nicht oder nur kurzzeitig gegeben,

die politische Anbindung an die Regierung ist gang und gäbe. Um zu verhindern, dass sich alte Muster wiederholen, hat der FSIE verschiedene Massnahmen getroffen: So ist beispielsweise in den Statuten eine Amtszeitbeschränkung des Präsidenten bzw. der Präsidentin ebenso festgehalten wie seine bzw. ihre Abwählbarkeit. Über Gelderverwendung wird transparent entschieden und die Rechnung muss unabhängig geprüft werden.

Kriminalisierung von sozialen Kämpfen

Südafrika – Zerschlagung von LandarbeiterInnengewerkschaft verhindert

Die Gewerkschaft der LandarbeiterInnen CSAAWU (Commercial Stevedoring Agricultural & Allied Workers Union) verteidigt zahlreiche in der Folge des grossen Streiks vom Oktober 2012 angeklagte LandarbeiterInnen. Zusätzlich reichte sie selber Klage gegen Farmer wegen illegaler Entlassungen ein. Entgegen der Erwartungen wurde ihre Klage abgelehnt und die Gewerkschaft zur Übernahme der Prozesskosten von über 600'000 Rand (43'000 Franken) verurteilt. Zwei Drittel waren unmittelbar im August zu begleichen. Dank der beeindruckenden Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder und der Unterstützung durch solidarische Organisationen gelang es, den Konkurs und damit die Zerstörung der Gewerkschaft – das eigentliche Ziel der Farmer – zu verhindern. «CSAAWUs Türen bleiben offen», verkündete die Gewerkschaft im September. Und damit geht ihr Kampf für würdige Arbeitsbedingungen für die LandarbeiterInnen weiter.

Laufend werden in Südafrika LandarbeiterInnen mit ihren Familien von Farmen vertrieben und damit ihrer Existenzgrundlage und ihrer Unterkünfte beraubt.

Foto: CSAAWU



Südafrika – Marikana-Massaker: Gegen das Vergessen und für Gerechtigkeit

Im August 2012 wurden 34 Arbeiter der Platinmine von Lonmin bei einem Streik von der Polizei erschossen. Ende Juni dieses Jahres wurde der Bericht der zuständigen Untersuchungskommission mit Verspätung von Präsident Zuma veröffentlicht. Die Hauptschuld wird den Streikenden selber und den im Einsatz stehenden Polizeikräften zugeschoben – gegen sie soll ermittelt wer-

den. Die politisch Verantwortlichen und Lonmin werden eingewaschen. Für die Angehörigen der Erschossenen und die Streikenden ist der Bericht eine bittere Enttäuschung und kommt einer Verweigerung von Gerechtigkeit gleich. Das wollen sie nicht hinnehmen. Sie haben selbst Klage gegen politisch Verantwortliche eingereicht und fordern Entschädigung. Unterstützt werden sie dabei von der Minengewerkschaft AMCU (Association of Mineworkers and Construction Union), die einen Fonds für Rechtshilfe, Existenzsicherung der Familien der Getöteten sowie für Rechtshilfe für angeklagte Mineure eingerichtet hat.

« Keine Worte reichen aus, um unseren Dank für eure standhafte Unterstützung auszudrücken. »

Joseph Mathunjwa, Präsident AMCU

Indien – ArbeiterInnen wehren sich gegen Repression in Textilfabrik

Am 14. Februar 2015 führten die ArbeiterInnen der Textilfabrik Gaurav International in Gurgaon bei Delhi einen Protest durch, nachdem ein Arbeiter wegen späten Erscheinens spitalreif geprügelt worden war. Ein Protest der anderen FabrikarbeiterInnen wurde mit Hilfe der Polizei niedergeschlagen, Hunderte von ArbeiterInnen wurden verletzt. In der Folge kam es zur Verhaftung von sieben Arbeitern, es drohten Klagen wegen Aufruhrs

gegen weitere ArbeiterInnen, ein Verbot für das Verteilen von Flugblättern wurde erlassen. Gleichzeitig nahm die Polizei nur unwillig eine Anzeige der Gewerkschaft GAWU (Garment and Allied Workers' Union) gegen das Unternehmen entgegen. Dank Unterstützung für Rechtshilfe kamen alle angeschuldigten GewerkschafterInnen auf Kautionsfrei.



Am Jahrestag des Marikana-Massakers: Zehntausende Mineure versammeln sich beim Hügel, wo die Streikenden getötet wurden – gegen das Vergessen und für Gerechtigkeit.

Foto: Reuters / Sphiwe Sibeko

Pakistan – Gegen Kriminalisierung von Gewerkschaftskämpfen

Arbeiterinnen und Arbeiter in Pakistan, die sich gewerkschaftlich organisieren, geraten schnell unter Druck: Sobald Gewerkschaften eine gewisse Stärke erreichen und für die Unternehmer eine Bedrohung darstellen, reagieren diese mit Gewalt oder mit konstruierten An-

schuldigungen. Forderungen nach Lohnerhöhungen werden schnell mal als Erpressungsversuche angezeigt, Gewerkschaften aus Behördenregistern gelöscht und als illegal bezeichnet, Repression mittels Schlägertrupps und Polizei ist keine Seltenheit. Den Gewerkschaften fehlen derweil die Mittel, sich juristisch dagegen zu wehren. Und trotzdem widerstehen sie Kriminalisierung und Repression. Im April 2015 konnte die Gewerkschaftsbewegung einen wichtigen Erfolg verzeichnen: 14 Gewerkschafter, die in einem skandalösen Urteil des Antiterrorgerichts zu 490 Jahren Haft verurteilt worden waren, wurden freigesprochen.

« Eure Solidarität war entscheidend für den Freispruch und die Freilassung der vom Antiterrorismusgericht verurteilten Gewerkschafter in Faisalabad. »

National Trade Union Federation Pakistan NTUF

Paraguay – Rechtshilfe für falsch angeschuldigte Landlose

Seit 2012 warten insgesamt 56 Landlose auf ihren Prozess. Im Zusammenhang mit dem Massaker von Curuguaty, bei dem 11 Landlose und sechs Polizisten ums Leben kamen, sind sie verschiedenster Delikte angeklagt, darunter Mord und Totschlag, aber auch illegale Besetzung und Widerhandlungen gegen die Staatsgewalt.

Das Massaker wurde von offizieller Seite nie sorgfältig untersucht, geschweige denn nach den Hintergrün-

den gefragt. Dass das Massaker als Vorwand diene, um den demokratisch gewählten Präsidenten Fernando Lugo in einem parlamentarischen Putsch abzusetzen, lässt auf enorme politische Interessen schliessen. Diese dürften denn auch hinter den andauernden Verschiebungen der Prozesse seit 2012 stehen. Für die Angeklagten und ihre Angehörigen sind diese Verschiebungen eine grosse psychische und finanzielle Belastung, müssen sie doch jedes Mal weite Reisen auf sich nehmen.

Argentinien – Unhaltbare Anklage gegen Landverteidigerin

Zu 15 Jahren Gefängnis sollte Relmu Ñamku von der Mapuche-Gemeinde Winkul Newen verurteilt werden. Ihr wurde Mordversuch vorgeworfen.

Seit einigen Jahren kämpfte ihre Gemeinde gegen das Vordringen von Ölförderunternehmen auf ihr Land. Im Dezember 2012 räumten Polizeikräfte während eines Begräbnisses gewaltsam einen Weiler der Ge-

meinde. Es kam zu Auseinandersetzungen, bei welchen die Polizeikommandantin von einem Stein am Kopf getroffen wurde. Dieser «Mordversuch» wurde Relmu angelastet, ohne dass es dafür Beweise gab.

In einer breiten Kampagne hatte die Mapuche-Gemeinde den Fall im Land bekannt gemacht. Indigene Gemeinden, Menschenrechtsorganisationen, die «Müt-

ter der Plaza de Mayo» oder auch Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel setzten sich seither für einen fairen Prozess ein, der nur in einem Freispruch enden konnte.

Am 5. November sprach das Gericht von Neuquén Relmu Ñamku und ihre beiden Mitangeklagten dann auch frei.



Eine breite nationale und internationale Mobilisierung machte den Fall der Mapuche-Gemeinde bekannt und unterstützte die Angeklagten.
Foto : indymedia

Verteidigung von Land und Lebensraum

Westafrika – Schluss mit «Land Grabbing» und Repression

«Die Bauern, deren Land genommen wurde, protestieren mit Besetzungen der Plantagen in Kamerun, Liberia, Kambodscha und an der Elfenbeinküste bis zur Aktionärsversammlung von Socfin und Bolloré im Mai bzw. Juni 2015.» Gemäss dieser Ankündigung des internationalen Bündnisses von Betroffenen der Socfin-Planta-

gen fanden im Frühling Protestmärsche statt, Zugänge zu Fabriken und Plantagen (Palmöl, Kautschuk) wurden blockiert, in Europa demonstrierten SympathisantInnen vor den Aktionärsversammlungen in Luxemburg (Socfin) und Paris/Puteaux (Bolloré, Hauptaktionär von Socfin). Die Protestaktionen haben dazu geführt, dass in

Kamerun und Kambodscha nach Verhandlungslösungen zwischen den Bauerngemeinden und den Agrounternehmen gesucht wird. In Liberia, aber auch in Sierra Leone hat demgegenüber die Repression zugenommen. RepräsentantInnen von Organisationen, die sich gegen Landaneignungen und die Produktionsausweitung durch das Agrounternehmen Socfin wehren, sind verhaftet worden, andere sahen sich angesichts einer parteiischen Justiz gezwungen unterzutauchen.



Mobilisierung gegen das Land Grabbing in Westafrika. Foto: ReAct

Guatemala – Kriminalisierung des Widerstands gegen ein Wasserkraftprojekt

In Guatemala mahlen die Justizmühlen zermürend langsam. Seit Frühjahr 2012 stehen drei Repräsentanten der Gemeinde Las Barillas unter Anklage, weil sie den Widerstand gegen ein Wasserkraftprojekt des spanischen Unternehmens Hydro Santa Cruz angeführt hatten. Sie wehren sich gegen das Projekt, weil es einzig der industriellen Entwicklung dient. Die betroffenen Gemeinden hätten nichts davon, ausser der Zerstörung ihres Lebensraums. Lange Zeit sassen die Angeklagten wegen der Schwere der Anschuldigungen – ihnen werden Entführung und illegale Aktionen vorgeworfen – in Untersuchungshaft. Im Oktober 2015 hat die zuständi-

ge Richterin die schwerstwiegenden Klagen abgewiesen. Die Angeklagten wurden freigelassen. Dies ist ein erster Erfolg, auch für die Organisationen der indigenen Gemeinschaften, die sich unermüdlich für die Angeklagten eingesetzt haben.

« Mit Freude können wir euch mitteilen, dass die Richterin die Anklage auf Entführung und illegale Massenkundgebungen fallengelassen hat. (...) Dies ist ein wichtiger Schritt und wir hoffen, dass die Gemeindevertreter freigesprochen werden. »

Consejo de Puntos Wuxhtaj

Kolumbien – Treffen von Minenbetroffenen

In Kolumbien ist der Bergbau die von der Regierung Santos erklärte «Wirtschaftslokomotive». Gleichzeitig geht die rasante Ausweitung des Rohstoffabbaus einher mit Vertreibungen und Krankheiten durch Luft- und Wasserverschmutzung nehmen zu. Die Regionen, die reich an Rohstoffen sind und wo diese industriell ausgebeutet werden, weisen die höchsten Armutsraten im Land auf. Im September 2015 führten von Minen betroffene Gemeinden und soziale Bewegungen ein zweitägiges Treffen durch: 150 VertreterInnen sozialer

Basisorganisationen tauschten sich aus und erarbeiteten einen Aktionsplan, um den Widerstand gegen den Ausbau und die Forcierung des Bergbaus in verschiedenen Regionen besser zu koordinieren. Aus einem weiteren Treffen in der Kohleregion Cesar gingen die Gemeinden gestärkt hervor. Aufgrund der untragbaren Luftverschmutzung durch Kohleminen müssen sie umgesiedelt werden, in den Verhandlungen mit den Kohleunternehmen werden sie jetzt dank ihrer Vorbereitung entschiedener auftreten.

Kolumbien – Solidaritätskarawane gegen Megaprojekte, Vertreibungen und Kriminalisierung

Das kolumbianische Netzwerk von Gewerkschaften und Sozialbewegungen (Red de Hermandad y Solidaridad REDHER) hat im August zusammen mit anderen Organisationen eine zweiwöchige Karawane durchgeführt, die in verschiedene Gemeinden und Städte im Land geführt hat. Ihnen gemeinsam ist, dass sie von Projekten der Agroindustrie, des Bergbaus oder für Infrastruktur bedroht werden. Selbst arme Quartiere in den Grossstädten sind betroffen. An allen Stationen der Karawane wurde deutlich, wie Menschen, die sich gegen Minenprojekte, aber auch gegen Palmölplantagen oder Staudämme wehren, vertrieben werden und Drohungen, Gewalt und Kriminalisierung ausgesetzt sind. Falsche Anschuldigungen und

langwierige Gerichtsverfahren gegen KritikerInnen sind eine erschreckende Realität. Mit der Karawane ging es darum, solidarische Verbindungen zwischen den betroffenen Bevölkerungen und Organisationen zu knüpfen und die Organisationen vor Ort zu stärken.



TeilnehmerInnen der Solidaritätskarawane trafen sich an verschiedenen Schauplätzen mit VertreterInnen von Basisorganisationen.

Foto: REDHER

Burkina Faso – Junge Menschen für politische Beteiligung mobilisieren

Um Jugendliche in ländlichen Gebieten zu mobilisieren und aktiv in den Prozess für politische und soziale Veränderungen einzubeziehen, arbeitet die Organisation Démocratique de la Jeunesse (ODJ) mit jungen Menschen aus verschiedenen Regionen zusammen. Sie organisiert Workshops, an welchen die Jugendlichen über demokratische Rechte informiert werden und einen konkreten Forderungskatalog (Plateforme revendicative, PFR) für ihr Dorf beziehungsweise ihre Region zuhanden der lokalen Behörden ausarbeiten. Dieser Forderungskatalog dient gleichzeitig als Arbeitsprogramm für die lokale Gruppe.

Obwohl nach dem Ende des Regimes von Blaise Compaoré die Zeit für einen demokratischen Aufbruch günstig schien, musste die ODJ ihren Plan, in drei Regionen im östlichen Landesteil (Sahel, Centre-Est und Est) in 21 Gemeinden den Aufbau von autonomen Jugendgruppen in Angriff zu nehmen, vorerst stoppen. Der Putsch der ehemaligen Präsidentengarde stürzte das Land erneut in eine höchst unsichere Situation. Die Jugend spielte eine wichtige Rolle bei der auf den Staatsstreich folgenden breiten Volksmobilisierung. Dies zeigt auch, wie wichtig Initiativen wie jene der ODJ für eine breite Beteiligung der Bevölkerung am politischen Leben sind.

Tunesien – Bewegung der Erwerbslosen in Redeyef kämpft für Perspektiven

Die Gemeinde Redeyef, weit im Süden Tunesiens an der algerischen Grenze gelegen, ist Zentrum des Phosphatabbaus. Neben dem Tourismus ist dieser eine der wichtigsten Devisenquellen des Landes. Schon 2008 brachte die Bevölkerung von Redeyef ihren Unmut darüber, dass nichts von diesem Reichtum in der Gegend bleibt, mit einem sechsmonatigen Streik zum Ausdruck. Seit der Revolution 2011 bis heute ist Redeyef ein Zentrum der

sozialen Proteste. Die jungen Menschen aus dieser Region haben kaum berufliche und soziale Perspektiven. Die Vereinigung der Diplomés Chômeurs (UDC) fordert denn auch unablässig Massnahmen von Seiten des Staats, um diese Situation zu ändern. Das Lokal der UDC im Zentrum von Redeyef ist ein wichtiger sozialer Treffpunkt, der auch für junge Frauen zugänglich ist – keine Selbstverständlichkeit in einer männerdominierten Gesellschaft.

Tunesien – Für eine unabhängige Überprüfung der Staatsschulden

Nach dem Volksaufstand von 2010/2011 bis 2014 haben sich die tunesischen Staatsschulden von 24 auf 42 Milliarden Dinar (24 Milliarden CHF) erhöht. Das entspricht einer Zunahme um 75 Prozent in vier Jahren, während gleichzeitig das Bruttoinlandprodukt um lediglich 27 Prozent angestiegen ist. Statt für die Entwicklung

« Die neuen Darlehen werden zum grössten Teil zur Zahlung der Schulden aus der Diktatur verwendet. Sie dienen dazu, die Hypothek der internationalen Finanzinstitutionen und der europäischen Kommission zu erhöhen, welche auf der Zukunft des tunesischen Volks lastet. »

Rassemblement pour une Alternative
Internationale de Développement RAID

des Landes wurden die neuen Kredite für den Schuldendienst für Darlehen aus der Ben-Ali-Zeit verwendet. Die Regierung der Übergangszeit (Ennahdah) wie auch die aktuelle Koalitionsregierung (Liberales & Ennahdah) entsprechen damit dem Diktat von Weltbank, Internationalem Währungsfonds und EU, wie das Netzwerk für eine alternative Entwicklung RAID festhält. Die für die Entwicklung des Landes unerträgliche Schuldenhypothek kann nur beendet werden, wenn die Ketten der illegitimen Verschuldung gesprengt werden, so RAID. Ein erster Schritt dazu ist eine unabhängige Überprüfung der Staatsschulden. Eine solche muss durch das Parlament beschlossen werden, weshalb RAID bis Dezember 2015 eine breite Kampagne durchführt, um damit einem Gesetzesvorschlag zum Durchbruch zu verhelfen.

Nordafrika – Vernetzung algerischer Diplomés Chômeurs am Weltsozialforum

In Algerien sehen sich die unabhängigen Gewerkschaften, Gemeinden im Süden, die sich gegen Erdgasförderung mittels Fracking zur Wehr setzen, und die vielen erwerbslosen jungen Menschen einer permanenten Repression durch den Staat ausgesetzt. Selbst im Land ist die Kommunikation schwierig, da Mitglieder von sozialen Bewegungen am Reisen gehindert oder verhaftet wer-

den. Umso wichtiger war es, dass rund 100 Diplomés Chômeurs im März am Weltsozialforum in Tunis teilnehmen konnten. Dort hatten sie die Möglichkeit, sich mit Arbeitslosenbewegungen aus anderen Maghreb-Ländern auszutauschen und die Situation in Algerien darzulegen.



'هأو آش ربحت مالدئون، الخبزة المرّة'



الجبهة الشعبية

المَدْيُونِيَّة
إحنا أولى بفَلُوسنا

«Bitteres Brot; das bleibt mir von den Schulden.»

Aus der Plakatkampagne von
RAID und dem Front populaire für eine öffentliche Überprüfung der Staatsschulden.



'بجهدِي بِلأدي نَبِييها، مَوْشْ بِالْفَرُوضْ إِلَي تَخْلِيها'



الجبهة الشعبية

المَدْيُونِيَّة
إحنا أولى بفَلُوسنا

«Ich baue mein Land durch meine Arbeit auf, nicht durch die
Schulden, die es ruinieren.»

Fotos : Susi Lindig

... den indischen LeiharbeiterInnen bei Holcim?

Bei einem Besuch der SOLIFONDS-Koordinatorin Yvonne Zimmermann im indischen Bundesstaat Chhattisgarh wurde deutlich, dass sich der Konflikt im Zementwerk der HolcimLafarge-Tochter ACC in Jamul (vgl. Bulletin Juni 2012) weiter zugespitzt hat: Ein neues Werk soll demnächst eröffnet und das alte geschlossen werden. Die über 900 LeiharbeiterInnen befürchten, dass sie nicht mehr weiterbeschäftigt werden – und dass der Konzern damit ihre unbequeme Gewerkschaft PCSS (Pragatisheel Cement Shramik Sangh) loswerden will. Dabei hatten indische Gerichte in mehreren

Instanzen entschieden, dass die LeiharbeiterInnen fest angestellt werden müssten. Weil dies nicht passierte, reichten die indischen Holcim-LeiharbeiterInnen 2012 beim Staatssekretariat für Wirtschaft SECO Klage gegen den Schweizer Multi wegen Verletzung der OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen ein. Ende 2014 wurde dieses Verfahren abgeschlossen. Leider hatte es das SECO, wo der zuständige nationale Kontaktpunkt für die OECD-Richtlinien angesiedelt ist, verpasst, klare Empfehlungen abzugeben. So konnte nur erreicht werden, dass das indische Management der Holcim-Tochter ACC endlich überhaupt Gespräche mit der Gewerkschaft der Leiharbeiter PCSS führt. Parallel zum OECD-Verfahren wurde jedoch das neue Zementwerk gebaut, das die Entlassung der LeiharbeiterInnen zur Folge haben könnte.

Auch auf der Baustelle des neuen Zementwerks bestehen Missstände – wie etwa lang zurückbehaltene Lohnzahlungen –, die wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen geführt haben. Statt bei der Tochterfirma in Indien zu intervenieren und für eine Lösung zu sorgen, hat die Konzernzentrale in der Schweiz die Missstände bis heute stets abgestritten.

« In ihrer Abschlusserklärung brachte die OECD zum Ausdruck, sie hoffe, man werde diese Anliegen besprechen, die Gespräche weiterführen und dergleichen. Wir haben das Gefühl, dass es keine konkreten Ergebnisse vorzuweisen gibt. Und ich denke, selbst der OECD war das klar, als sie meinten, dass die Verhandlungen freiwillig seien. Aber die Tatsache, dass multinationale Unternehmen selbst auf der Ebene der OECD so gleichgültig sind, zeigt, dass es auf anderen Ebenen sehr schwierig wird, etwas zu erreichen. »

PCSS-Anwältin Sudha Bharadwaj



Leiharbeiter der Holcim-Tochter ACC in Jamul vor Schichtbeginn.

Foto: Yvonne Zimmermann / SOLIFONDS

... den Ölarbeitern in Kasachstan ?

Im Dezember 2011 beendete die Polizei gewaltsam einen sechsmonatigen Streik der Ölarbeiter in westkasachischen Zhanaozen; 16 Streikende wurden erschossen und Dutzende verletzt (vgl. Bulletin Februar 2014). 2012 wurden 32 GewerkschafterInnen vor Gericht gestellt und einige zu Haftstrafen bis zu sechs Jahren verurteilt. Eine Repressionswelle gegen JournalistInnen, die politische Opposition und soziale Bewegungen ging los. In der Zwischenzeit sind die meisten Streikbeteiligten freigekommen – nicht zuletzt dank einer internationalen Protestkampagne. Der Kampf für Gerechtigkeit geht jedoch weiter. Einige der über mehrere Jahre Inhaftierten

leiden bis heute an den Folgen der Folter und sind auf medizinische Behandlungen angewiesen – diese konnte zum Teil mit Hilfe von Solidaritätsbeiträgen geleistet werden. Gemäss Berichten der Arbeiter ist der kämpferische Geist zurückgekehrt: Einer der Streikführer wurde als Gewerkschaftspräsident gewählt. Zwar darf er aufgrund von Gerichtsaufträgen das Amt nicht einnehmen, die Botschaft der Arbeiter an die Ölfunktionen ist aber unmissverständlich.

Derweil hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Kasachstan aufgefordert, ein nach dem Streik erlassenes anti-gewerkschaftliches Gesetz zu streichen.

... den für ihre Landrechte kämpfenden Adivasi in Indien ?

Ende 2014 organisierte MJVS, eine Teilgruppe der Landrechtsbewegung Ekta Parishad, einen Marsch durch hundert Adivasi-Dörfer in Zentralindien (vgl. SOLIFONDS-Jahresbericht 2013/14). Während 21 Tagen waren insgesamt 10'000 Menschen für Landrechte unterwegs. Allein der öffentliche Druck durch die Ankündigung des Marsches zeigte Wirkung: Mehrere indigene Gemeinschaften (Adivasi) erhielten plötzlich lang geforderte Landtitel, in Dörfern wurden ausstehende Löhne bezahlt, Schulen fertig gestellt.

Kurz darauf erliess jedoch die indische Regierung

eine Verfügung, die Landenteignungen einfacher machen sollte und weitere Vertreibungen von Kleinbauernfamilien und indigenen Gemeinden zur Folge gehabt hätte. Auf diese «Land Ordinance» folgten landesweite breite Mobilisierungen, die dazu führten, dass die Verfügung schliesslich zurückgezogen werden musste. Ein wichtiger Erfolg. Jedoch ist keine Verschnaufpause angesagt, andere Gesetzesänderungen, etwa zur Forcierung des Bergbaus sowie der Abbau von Gewerkschaftsrechten, erhöhen den Druck auf die Millionen von informell Arbeitenden, Landlosen und Adivasi.

Neben der finanziellen Unterstützung ist die Information über Kampagnen und Aktionen unserer Partnerorganisationen und deren Hintergründe ein wichtiges Anliegen des SOLIFONDS, ebenso wie die Vernetzung mit andern Organisationen, um mehr Reichweite und Gewicht zu erlangen.

Bildung / Veranstaltungen

18.-26.10.14: Der SOLIFONDS koordiniert und begleitet eine Delegation der indischen LeiharbeiterInnengewerkschaft PCSS. In Bern findet eine öffentliche Veranstaltung statt, am SGB-Kongress weist die PCSS-Vertreterin Shalini Gera in einer Rede auf die schwierige Lage der LeiharbeiterInnen beim Zementkonzern Holcim in Indien hin.

7.-8.11.14: Mitorganisation der KEESA-Tagung (siehe unten) zur Minentätigkeit im Südlichen Afrika.

15.12.14-22.1.15: Während einer Arbeitsreise durch Indien, Bangladesh und Pakistan hat die SOLIFONDS-Koordinatorin Yvonne Zimmermann Gelegenheit, sich mit Gewerkschaften und weiteren Organisationen zu treffen, und erhält einen Einblick in deren oft schwierige Situation und ihre mit Risiken verbundenen Kämpfe.

20.-28.3.: Teilnahme von SOLIFONDS-Präsident Hans Schäppi und Koordinator Urs Sekinger am Weltsozialforum in Tunesien. Neben dem Informationsaustausch bietet dieses die Möglichkeit zur Vernetzung, diesmal mit ADDAD aus Mali, Burkina Faso und Togo, Gewerkschaften aus Ägypten und Algerien ebenso wie

mit Frauen- und Menschenrechtsorganisationen aus Marokko.

29.3.-3.4.: Anschliessend an das Weltsozialforum führt der SOLIFONDS ein Zusatzprogramm für Unia-GewerkschafterInnen nach Gafsa/Redeyef (Minenproblematik), Sousse (Off-Shore-Textilindustrie) und Hammamet (Tourismusindustrie) durch.

24.-25.4.: Teilnahme an der MultiWatch-Tagung «Agro statt Business». Der SOLIFONDS moderiert einen Workshop über die Macht der Sojamultis in Lateinamerika. An der Tagung finden weitere Treffen mit Delegationen aus Pakistan und Hawaii statt.

30.4.: Anlässlich eines Runden Tisches zu Ressourcenkonflikten in Kolumbien kommt es zu einem Treffen mit der NGO Pensamiento y Acción Social (PAS), die zusammen mit der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien eine Studie zum Schweizer Bergbaukonzern Glencore in Kolumbien erarbeitet hat.

19.-20.5.: Im Lehrgang «Management in gewerkschaftlichen Organisationen» des Bildungsinstituts der Gewerkschaften movendo führt der SOLIFONDS einen

eineinhalbtägigen Kurs zu Globalisierung und internationaler Solidarität durch.

8.-12.6.: Teilnahme an der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO

7.-8.7.: Teilnahme an den Aktionstagen für ein verbindliches UNO-Abkommen für multinationale Konzerne in Genf

Vernetzung

KEESA (Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika)

Im November 2014 organisierte die KEESA zusammen mit dem Zentrum für Afrikastudien (Universität Basel) eine Tagung zum Wandel und der Kontinuität im Bergbausektor im südlichen Afrika. Thematisiert wurden aktuelle Probleme rund um die Minentätigkeiten sowie die Rolle von Schweizer Unternehmen, insbesondere Glencore. Der SOLIFONDS hat sich aktiv an den Vorbereitungsarbeiten und der Durchführung der Tagung beteiligt.

NRO-Koordination Kolumbien

Der SOLIFONDS ist Teil der Koordination von Nichtregierungsorganisationen, die in Kolumbien Projekte unterstützen – eine wichtige Stelle der Vernetzung und der gegenseitigen Information.

9. September: Teilnahme an TISA-Tagung des vpod in Bern

7.10.: Im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Fokus Indien – Landrechte und soziale Bewegungen» der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW hält der SOLIFONDS ein Referat zum Thema «Ressourcennutzung und Landraub in Indien».

MultiWatch

MultiWatch beobachtet seit 2005 die Tätigkeiten von multinationalen Konzernen mit Sitz in der Schweiz, um öffentlich zu machen, wo diese Menschenrechte verletzen und an Konflikten beteiligt sind. Der SOLIFONDS engagiert sich im Vorstand und in Arbeitsgruppen von MultiWatch und beteiligt sich an der Organisation und Durchführung öffentlicher Veranstaltungen und Aktionen.

Dazu gehörte am 11. September 2015 die Umbenennung der Schützenmatte in Bern in Luciano-Romero-Platz. Mit dieser Aktion gedachte MultiWatch des kolumbianischen Nestlé-Gewerkschafters und Menschenrechtsverteidigers Luciano Romero, der zehn Jahre zuvor, kurz bevor er an der von MultiWatch organisierten öffentlichen Anhörung zu Nestlé als Zeuge hätte aussagen sollen, ermordet wurde. Mit der Platzumbenennung solidarisierte sich MultiWatch mit Sinaltrainal



Foto: Marianne Aeberhard

« Eure Aktion in der Schweiz ist ein politischer Akt von grosser moralischer Bedeutung, der uns mit Hoffnung auf eine bessere Welt erfüllt. Auf immer, Grüsse von den Sinaltrainal-GewerkschafterInnen, die wir noch am Leben sind und weiterkämpfen. »

Sinaltrainal

(Sindicato Nacional de Trabajadores de la Industria de Alimentos), der kolumbianischen Gewerkschaft bei Nestlé, und protestierte gegen die Straflosigkeit für die Auftraggeber des Verbrechens. Die Rolle des Nah-

rungsmittelkonzerns bleibt bis heute ungeklärt. Entgegen den Anordnungen eines kolumbianischen Richters sind keine Ermittlungen zu Nestlé aufgenommen worden.

Treffen / Besuche

Sie sind auf Durchreise oder nehmen an einer Konferenz in der Schweiz teil und benutzen diese Gelegenheit, um mit dem SOLIFONDS Informationen auszutauschen.

Im Oktober 2014 war es eine Delegation von indischen LeiharbeiterInnen. Sie reiste in die Schweiz für ein Treffen betreffend ihre Beschwerde gegen Holcim wegen Verletzung der OECD-Unternehmensrichtlinien. Erstmals konnten zwei Holcim-Leiharbeiter hier über die miserablen Arbeitsbedingungen und den seit zwei Jahrzehnten ungelösten Konflikt berichten. SOLIFONDS koordinierte ihre Reise und organisierte diverse Treffen und Veranstaltungen.

Im Rahmen der KEESA-Tagung (siehe S. 28) traf sich der SOLIFONDS mit Vama Jele von den Minenbetroffenen in Swasiland und Charles Abraham, Anwalt aus Kapstadt.

Ein Treffen fand auch mit dem Generalsekretär der Bauarbeitergewerkschaften FTBC-Togo, Ayao Gbandjou, statt, um mit ihm die aktuellen Probleme in seinem Land und die Zusammenarbeit zu erörtern.

Im April lud der SOLIFONDS Miguel Lovera, den ehemaligen Präsidenten der paraguayischen Saatgutbehörde SENAVE, an die MultiWatch-Tagung «Agro statt Business» in Basel ein (siehe S. 27). Wir nutzen seine Anwesenheit für Diskussionen zu den aktuellen

politischen Entwicklungen in Paraguay mit weiteren Interessierten.

Die Durchreise von indischen UmweltaktivistInnen gab uns die Möglichkeit zu einem Austausch über die Auswirkungen von Tagebau-Kohleminen ebenso wie Sondermüllöfen von Zementwerken.

Anfangs Juli fanden zwei Treffen mit Mercia Andrews von TCOE, Joseph Mathunjwa von AMCU und Brian Ashley von AIDC Südafrika statt. Thematisiert wurde insbesondere der Kampf für Gerechtigkeit für die Opfer von Marikana (siehe auch S. 14).

Seine Reise in die Schweiz im August nutzte Marco Arana, der die peruanischen Gemeinden in Cajamarca gegen die Ausweitung von Goldminen unterstützt, um uns über die aktuelle Lage vor Ort und der Minenproblematik in Peru generell zu informieren.

Ebenfalls besuchte uns Cynthia Osorio Torres von der Saatgutgruppe Red de Guardianes de Semillas de Vida in Kolumbien und berichtete über den Aufbau von Saatgutbanken sowie eine geplante Kampagne für gentechfreie Zonen.

Den Besuch von Rajagopal, Gründer der indischen Landlosenbewegung Ekta Parishad, konnten wir für einen Austausch über aktuelle Landkämpfe in Indien nutzen.

Bilanz per 30. September 2015

(in CHF) **Bilanz 2014/15 Bilanz 2013/14**

Umlaufvermögen

Postcheck	86'334.38	36'894.63
Postcheck Euro (49'958.43 €)	51'973.43	
E-Depositenkonto Postfinance	100'455.70	140'288.50
ZKB – Depositenkonto	1'403.89	1'455.29
ZKB – Sparkonto	112'592.60	112'480.10
Diverse Debitoren	1'070.45	3'105.30
Transitorische Aktiven	1'330.00	2'900.00

Anlagevermögen

Depositenkonto WOGENO	82'357.85	81'429.00
Mobiliar + Einrichtung	1.00	1.00

Aktiven	437'519.30	378'553.82
----------------	-------------------	-------------------

Jahresabschluss 2014/15

(in CHF) **Bilanz 2014/15 Bilanz 2013/14**

Fremdkapital

Diverse Kreditoren	61'431.40	9'720.30
Transitorische Passiven	18'410.00	25'700.00

Rückstellungen Aktionen

BV 2/11 – Indien / Pakistan	0.00	10'047.77
BV 3/11 – Südspanien / Banladesch	14'323.64	14'323.64
BV 2/12 – Guatemala	0.00	27'246.80
BV 2/13 – Peru	0.00	39'086.48
BV 1/14 – Osteruopa	0.00	42'445.54
BV 2/15 – Nord-West-Südafrika	22'685.85	
BV 3/15 – Marikana/Südafrika	9'097.55	
Pakistan – Heimarbeiterinnen	0.00	14'887.00
Pakistan – Gewerkschaftsbewegung	16'362.70	
1. Mai – Algerien	13'335.10	21'816.30
1. Mai – Bangladesh	0.00	9'808.10
Aktionskasse		
	128'089.02	26'659.68

Rückstellungen allgemein

Informationsfonds	42'232.19	42'232.19
Recherchierfonds Schweiz-Südafrika	10'746.80	10'746.80

Stiftungsvermögen

Eingangsbilanz	83'833.22	77'815.23
Jahresergebnis	+ 16'971.83	+ 6'017.99
Eigenkapital	100'805.05	83'833.22

Passiven	437'519.30	378'553.82
-----------------	-------------------	-------------------

Jahresrechnung im Detail

(in CHF)

Rechnung 2014/15

Rechnung 2013/14

Beiträge Stifterorganisationen	42'000.00	42'000.00
Beiträge Mitstifterorganisationen	2'190.00	3'765.00
Zinserträge	1'041.65	1'562.10
Personalaufwand	– 175'618.60	– 174'683.80
Betriebsaufwand	– 22'999.87	– 23'564.16
Zwischentotal	– 153'386.82	– 150'920.86
Einnahmen Honorare / Verwaltungskostenbeiträge	2'150.00	3'483.10
20% Projektbearbeitung	57'005.25	58'511.00

Koordination	– 94'231.57	– 88'926.76
---------------------	--------------------	--------------------

Informationsaufwand	– 31'922.79	– 36'477.27
Broschürenverkauf	392.95	808.40
Zwischentotal	– 31'529.84	– 35'668.87
10% Informationsaufwand Aktionen	24'204.00	23'470.00
Bezug/Rückstellungen Informationsaufwand	0.00	0.00
Bezug Recherchierfonds	0.00	47.60

Information	– 7'325.84	– 12'151.27
--------------------	-------------------	--------------------

Unterstützungsaktionen

Beitragsversprechen		
Beitragsversprechen	114'865.00	126'420.00
Zweckgebundene Spenden	118'184.85	88'851.64
Unterstützungen Partnerorganisationen	– 118'868.31	– 111'187.65
Zwischentotal	114'181.54	104'083.99
Projektbearbeitung	– 23'774.00	– 21'453.00
Informationsaufwand	– 11'888.00	– 10'725.00
Einlage Rückstellungen	– 78'519.54	– 71'905.99

(in CHF)

Rechnung 2014/15

Rechnung 2013/14

1.-Mai-Aktion

Spenden 1.-Mai-Aktion	28'048.70	34'609.10
Unterstützungen	– 32'027.30	– 18'847.00
Zwischentotal	– 3'978.60	15'762.10
Projektbearbeitung	– 6'405.00	– 3'769.00
Informationsarbeit	– 3'203.00	– 1'885.00
Bezug/Einlage Rückstellungen	13'586.60	– 10'108.10

Aktionskasse

Spenden	54'209.40	71'650.95
Unterstützungen	– 91'139.79	– 108'604.30
Zwischentotal	– 36'930.39	– 36'953.35
Projektbearbeitung	– 18'230.00	– 21'720.00
Informationsarbeit	– 9'113.00	– 10'860.00
Bezug Rückstellungen	64'273.39	69'533.35

Diverse Aktionen

Zweckgebundene Spenden	57'000.00	92'000.00
Unterstützungen	– 51'490.75	– 70'912.00
Zwischentotal	5'509.25	21'088.00
Projektbearbeitung	– 8'596.25	– 11'569.00
Informationsarbeit	0.00	0.00
Bezug/Einlage Rückstellungen	3'087.00	– 9'519.00

Kleinstunterstützungen

– 2'450.00	– 2'000.00
------------	------------

Total Unterstützungsaktionen	– 2'450.00	– 2'000.00
-------------------------------------	-------------------	-------------------

Freie Spenden	120'979.24	109'096.02
---------------	------------	------------

Überschuss	+ 16'971.83	+ 6'017.99
------------	-------------	------------

Die Jahresrechnung 1.10.2014 – 30.9.2015 im Überblick

Einnahmen

Beiträge Stifter- und Mitstifterorganisationen	44'190.00
Einbezahlte Beitragsversprechen	114'865.00
Zweckgebundene Einzelspenden	165'442.95
Zweckgebundene Organisationsspenden	92'000.00
Freie Spenden	120'979.24
Honorare / Verwaltungskostenbeiträge	2'150.00
Zinserträge	1'041.65

Bezug Rückstellungen	2'427.45
----------------------	----------

Total Einnahmen	543'096.29
------------------------	-------------------

Ausgaben

Koordinationsaufwand	-175'618.60
Betriebsaufwand	-22'999.87
Informationsaufwand	-31'529.84
Überweisungen an Partnerorganisationen ¹⁾	-295'976.15

Total Ausgaben	-526'124.46
-----------------------	--------------------

Überschuss	16'971.83
------------	-----------

1) Überweisungen an Partnerorganisationen

Prekarisierung – Arbeitsrechte

Schweiz/Indien – Holcimkampagne	– 10'755.90
Bangladesh – Textilarbeiterinnen	– 25'412.85
Pakistan – Arbeitsrechtskampagne bei Syngenta	– 10'000.00
Pakistan – Heimarbeiterinnen	– 13'000.00
Pakistan – Gewerkschaftsbewegung	– 11'000.00
Sri Lanka – Gewerkschaftsrechte	– 10'000.00
Ägypten – Arbeitsrechtskampagne	– 21'850.00
Marokko – Kampagne gegen Gewalt an Frauen	– 10'000.00
Mali/Burkina Faso/Togo – Hausarbeiterinnen	– 6'549.06
Togo – Rechtshilfe Gewerkschaften	– 5'487.90
Südafrika – Mindestlohnkampagne	– 2'300.00
Peru – Rechtshilfe Streikende	– 4'716.50
Rumänien – unabhängige Gewerkschaft	– 6'072.50

Gegen Kriminalisierung / Repression

Südafrika – Marikana	– 24'000.00
Südafrika – Landarbeiterinnengewerkschaft	– 15'420.00
Indien – Rechtshilfe Gewerkschaften	– 1'504.00
Pakistan – Rechtshilfe/Gewerkschaftskampagne	– 19'620.00
Argentinien – Rechtshilfe Mapuche	– 4'791.50
Paraguay – Rechtshilfe Landkämpfe	– 7'202.53
Osteuropa – unabh. Gewerkschaften	– 21'257.56

Verteidigung von Land und Lebensraum

Westafrika – Landkämpfe	– 5'255.85
Guatemala – Widerstand gegen Staudamm	– 14'449.50
Kolumbien – Solidaritätskarawane	– 6'068.40
Kolumbien – Minentreffen	– 6'000.00

Für partizipative Demokratie

Algerien – Diplômés Chômeurs	– 7'585.20
Burkina Faso – Mobilisierung Jugend	– 8'813.90
Tunesien – Kampagne Schuldenaudit	– 13'013.00
Tunesien – Diplômés Chômeurs	– 1'400.00

Kleinstunterstützungen	-2'450.00
------------------------	-----------

Total	-295'976.15
--------------	--------------------

Kommentar zur Jahresrechnung

Nebenstehend finden Sie eine Übersicht der Jahresrechnung, auf den Seiten 32 und 33 eine detaillierte Aufstellung.

Die Jahresrechnung des SOLIFONDS schliesst mit einem Plus von 16'971.83 Franken. Dieser Überschuss ist im Wesentlichen durch zwei Faktoren zustande gekommen. Zum einen sind die freien Spenden höher ausgefallen als im Vorjahr (+12'000). Wir sehen in diesem Resultat eine Wertschätzung unserer Solidaritätsarbeit durch unsere Spenderinnen und Spender. Zum anderen waren die Kosten für die Informationsarbeit tiefer (-4'000).

Während die Summe der einbezahlten Bei-

tragsversprechen tiefer lag als im Vorjahr (-11'555), erhöhte sich jene der zweckgebundenen Spenden (+38'000). Zusammen mit den Zuwendungen von Organisationen (92'000) erhielt der SOLIFONDS insgesamt Fr. 372'307.95 zweckgebundene Spenden. Ein Resultat, das unter jenem vom Vorjahr liegt, da wir 2014 ausserordentliche Spenden (78'000) erhielten.

Die Zuwendungen an unsere Partnerorganisationen sind bedauerlicherweise tiefer als die Einnahmen und liegen unter dem Vorjahr (-16'000). Grund dafür sind Verzögerungen bei der Auszahlung, weil Kampagnen unserer Partnerorganisationen später als geplant

starteten oder weil in einigen Ländern finanzielle Unterstützungen aus politischen Gründen zunehmend erschwert werden. Die nicht ausbezahlten zweckgebundenen Spenden haben wir für eine spätere Auszahlung zurückgestellt. In der Bilanz beläuft sich diese Summe auf 203'893.86 Franken.

Der Aufwand für Koordinationsarbeit (175'618.60) und Betrieb (22'999.87) sind zusammen praktisch identisch mit demjenigen im Vorjahr.

Der vom SOLIFONDS treuhänderisch verwaltete SAH-Personalsolifonds wies per 30.9.2015 einen Stand von 151'856.65 Franken (Vorjahr 126'861.95) aus.

Bericht der Revisionsstelle

zur Eingeschränkten Revision an den Stiftungsrat des Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt, Neuenburg (SOLIFONDS)

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz und Betriebsrechnung) der Stiftung Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt (SOLIFONDS) für das am 30. September 2015 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Stiftungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kont-

rollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision. Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Stiftungsurkunde entspricht.

Gelterkinden, 29. Oktober 2015
BERO Treuhand AG,
Roland Laube, Dipl. Wirtschaftsprüfer

Die Stiftung SOLIFONDS

Der SOLIFONDS bezweckt laut Stiftungsurkunde, «den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt und den Kampf um die Erringung und Gewährleistung der Menschenrechte, insbesondere der politischen und gewerkschaftlichen Grundrechte in der ganzen Welt, zu unterstützen sowie darüber in der Schweiz zu informieren».

Die Stiftung wird getragen vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB, der SP Schweiz, von Solidar Suisse/SAH und den entwicklungspolitischen Organisationen Afrika-Komitee, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK), Erklärung von Bern (EvB), Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika (FEPA), Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Schweiz. Unterstützungskomitee für das Sahrauische Volk, Zentralamerika-Sekretariat.

SOLIFONDS – Informationsbulletin Nr. 95

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt» – SOLIFONDS.

Redaktion: Sandra Julius, Urs Sekinger,
Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich

SOLIFONDS, Quellenstr. 25, Postfach, 8031 Zürich

Dem Stiftungsrat gehören an:

SGB:

Luca Cirigliano, Dan Gallin, Hans Schäppi (Präsident).

SPS:

Rosmarie Joss, Jean Christophe Schwaab,
Cédric Wermuth.

Solidar Suisse/SAH:

Mario Carera, Bruno Gurtner, Anja Ibkendanz.

Mitstifter:

Thomas Braunschweig (EvB), Dieter Drüssel (Zentralamerika-Sekretariat), Barbara Müller (Afrika-Komitee), Stephan Suhner (ASK).

Koordination:

Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann,
Sandra Julius (Stellvertretung).

Buchhaltung:

Bruno Hangarter.

Der SOLIFONDS ist auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Der SOLIFONDS finanziert seine Unterstützungskaktionen ausschliesslich mittels privaten Spenden:

➔ Beitragsversprechen

ermöglichen dem SOLIFONDS, rasch auf dringende Unterstützungsgesuche zu reagieren (siehe nebenstehenden Talon).

➔ Spenden

erlauben es dem SOLIFONDS, soziale Bewegungen in einer Vielzahl von Aktionen und Kämpfen zu unterstützen und so konkrete Solidarität zu leisten.

➔ Legate

sind für den SOLIFONDS eine unschätzbare zusätzliche Unterstützung, die ihn in seiner Arbeit für eine gerechte und solidarische Welt bestärken.

Der SOLIFONDS ist als gemeinnützige Organisation anerkannt. Spenden können von den Steuern abgezogen werden.

Der SOLIFONDS braucht mehr Beitragsversprechen!

In vielen Fällen, beispielsweise bei einem Streik, bei Landbesetzungen oder bei Verhaftungen, muss der SOLIFONDS rasch und unbürokratisch auf Anfragen reagieren können. Dazu brauchen wir möglichst viele Beitragsversprechen: im Voraus zugesagte Spenden, die bei Bedarf maximal dreimal pro Jahr durch den Stiftungsrat abgerufen werden können. Mit unserem Informationsbulletin informieren wir Sie über die unterstützten Aktionen.

☐ **Ich unterzeichne ein Beitragsversprechen und verpflichte mich dreimal pro Jahr Fr. _____ auf Abruf für eine bestimmt Unterstützungsaktion einzuzahlen.**

Gilt für zwei Jahre und kann erneuert werden.

Vorname, Name

Adresse

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift



« Auch wir haben Rechte!
Gemeinsam können wir
bessere Lebens- und
Arbeitsbedingungen erreichen! »

ADDAD



SOLIFONDS | Quellenstrasse 25 | Postfach | CH-8031 Zürich | Tel. 044 272 60 37 | Fax 044 272 11 18
mail@solifonds.ch | www.solifonds.ch | PC 80-7761-7 | IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7